

No. 32857

GERMANY
and
REPUBLIC OF MOLDOVA

**Agreement concerning trans-frontier movement of persons
and goods by road. Signed at Bonn on 11 October 1995**

Authentic texts: German and Moldovan.

Registered by Germany on 22 May 1996.

ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA

**Accord relatif au transport routier international de voya-
geurs et de marchandises. Signé à Bonn le 11 octobre
1995**

Textes authentiques : allemand et moldove.

Enregistré par l'Allemagne le 22 mai 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN PERSONEN- UND GÜTERVERKEHR AUF DER STRASSE

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Moldau -

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien die Beförderung von Personen und Gütern im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter sowie mit Personenkraftwagen auf Rechnung Dritter (z. B. Taxen und Mietwagen). Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrem Wohnort, werden als "Sonderformen des Linienverkehrs" bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(5) Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Die Anträge sind mit einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums dieser Vertragspartei dem Verkehrsministerium der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrtstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und

Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke und zuständige Behörden werden erforderlichenfalls in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission erarbeitet.

(6) Bei Pendelverkehren im Sinne des Absatzes 1 führen die Unternehmen eine Fahrgastliste mit, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von deren Grenzbehörden abzustempeln ist.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist

unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Zweck der Reise (Beschreibung);
3. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
4. Ausgangs- und Zielort der Fahrt und Herkunftsland der Reisegruppe;
5. Fahrtstracke mit Grenzübergangsstellen;
6. Daten der Hin- und Rückfahrt mit Angabe, ob Hin-/Rückfahrt besetzt oder leer erfolgen soll;
7. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
8. Amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre werden in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

Nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Unternehmen genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Die Genehmigung berechtigt nicht, Personen zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orte zu befördern (Kabotagever-

bot). Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Vertragsunternehmer aus dem Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien einsetzen. Sie brauchen in der Genehmigung nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Genehmigung mit sich führen.

Güterverkehr

Artikel 7

Vorbehaltlich des Artikels 9 bedürfen Unternehmer des Güterkraftverkehrs und des Werkverkehrs für Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei (Wechselerkehr) sowie im Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für jede Beförderung eine Genehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei.

Artikel 8

- (1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.
- (2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort seiner Zulassung.
- (3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtgenehmigung).
- (4) Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat sind grundsätzlich nur

zulässig, wenn dabei das Hoheitsgebiet, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf verkehrsüblichem Weg durchfahren wird, oder wenn dafür nach Maßgabe des Artikels 17 besondere Genehmigungen erteilt worden sind.

(5) Unternehmer einer Vertragspartei dürfen keine Güter zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orten (Binnenverkehr) befördern.

(6) Für den nach diesem Abkommen durchgeführten Güterverkehr sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß [CMR].

Artikel 9

(1) Keiner Genehmigung bedürfen Leerfahrten und die Beförderung von:

1. Gegenständen oder Material ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut);
2. Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen;
3. beschädigten Lastkraftfahrzeugen (Rückführungen);
4. Leichen;
5. Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichts der Anhänger, 6 t oder deren zulässige Nutzlast, einschließlich der Nutzlast der Anhänger, 3,5 t nicht übersteigt;
6. Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern und solchen zur humanitären Hilfeleistung mit besonderem Nachweis;
7. lebenden Tieren;
8. Umzugsgut (Hausrat)

(2) Die nach Artikel 17 gebildete Gemischte Kommission kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf Fahrzeuge, die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zugelassen sind, hinsichtlich der höchstzulässigen Gewichte und Abmessung keine ungünstigeren Regelungen anzuwenden, als auf die bei ihr zugelassenen Fahrzeuge.

(2) Wenn Gewicht oder Abmessungen des Fahrzeugs oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zulässigen Grenzwerte überschreiten, und gegebenenfalls bei der Beförderung von Gefahrgut, ist eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei erforderlich. Dabei können Verkehrsbeschränkungen oder bestimmte Verkehrswege vorgeschrieben werden.

Artikel 11

(1) Die für Unternehmer der Republik Moldau erforderlichen Genehmigungen werden durch das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und vom Ministerium für Verkehrswesen der Republik Moldau oder den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das Ministerium für Verkehrswesen der Republik Moldau erteilt und von dem Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 12

- (1) Die nach Artikel 17 gebildete Gemischte Kommission legt unter Berücksichtigung des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der für jede Vertragspartei jährlich zur Verfügung stehenden Genehmigungen fest.
- (2) Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Maßgabe des Artikels 17 geändert werden.
- (3) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der Gemischten Kommission festgelegt.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 13

Die nach diesem Abkommen erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in diesem Abkommen geregelten Fahrten im Fahrzeug mitzuführen, auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen und zur Prüfung auszuhändigen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 14

- (1) Die Unternehmer jeder Vertragspartei sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.
- (2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers und seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht oder gegen die

Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Absatz 2 Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die Verkehrsministerien beider Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe von Artikel 15 über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 15

Der Schutz der übermittelten personenbezogenen Daten richtet sich unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften nach den folgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Polizei- oder Grenzschutzbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der Übermittelnden Behörde erfolgen.
4. Die Übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und die Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der unrichtigen Daten oder die Vernichtung der unter ein Übermittlungsverbot fallenden Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die Übermittelnde Behörde weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die Übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
8. Beide Behörden sind verpflichtet die Übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, für Beförderungen im Sinne von Artikel 1 den Einsatz von lärm- und schadstoffarmen sowie von Fahrzeugen mit moderner Ausrüstung der fahrzeugtechnischen Sicherheit zu fördern.

(2) Die Einzelheiten werden in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission festgelegt.

Artikel 17

Vertreter der Verkehrsministerien beider Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission. Sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung dieses Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

Artikel 18

Die Verkehrsministerien der Vertragsparteien teilen sich gegenseitig die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5, 10, 11 und 14 mit.

Artikel 19

Dieses Abkommen berührt nicht die Pflichten der Vertragsparteien aus anderen internationalen Übereinkünften, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, das Abkommen vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anzuwenden.

(3) Das Abkommen bleibt solange in Kraft, bis es von einer Vertragspartei schriftlich gekündigt wird. Im Fall der Kündigung tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu *Bonn* am *11. Oktober 1995*
in zwei Urschriften, jede in deutscher und moldauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung
der Republik Moldau:



[MOLDOVAN TEXT — TEXTE MOLDOVE]

ACORD ÎNTRE GUVERNUL REPUBLICII MOLDOVA ȘI GUVERNUL REPUBLICII FEDERALE GERMANIA CU PRIVIRE LA TRANSPORTURILE RUTIERE INTERNAȚIONALE DE PERSOANE ȘI MĂRFURI

Guvernul Republicii Moldova
și
Guvernul Republicii Federale Germania,

avînd intenția de a reglementa și a dezvolta transporturile rutiere internaționale de persoane și mărfuri,

au convenit asupra celor ce urmează:

Articolul 1

Prezentul Acord reglementează, în conformitate cu legislația internă a Părților Contractante, transporturile rutiere internaționale de persoane și mărfuri între Republica Moldova și Republica Federală Germania, precum și cele de tranzit prin aceste state de către întreprinzători, care au dreptul de a efectua asemenea transporturi pe teritoriile statelor lor.

TRANSPORTUL DE PERSOANE

Articolul 2

(1) Transportul de persoane, în sensul prezentului Acord, este transportul de pasageri și al bagajelor acestora cu autobuze, pe cont propriu sau pe contul unor terțe persoane, precum și cu autoturisme pe contul unor terțe persoane (de exemplu, taxi sau un autovehicul închiriat). Aceasta este valabil și pentru curse fără pasageri efectuate în legătură cu asemenea prestații de transport.

(2) Autobuze se consideră autovehicule care prin construcția și echipamentul lor sunt adecvate și destinate transportului a mai mult de nouă persoane (inclusiv șoferul). Autoturisme se consideră autovehicule, care prin construcția și echipamentul lor sunt adecvate și destinate transportului a cel mult nouă persoane (inclusiv șoferul).

Articolul 3

(1) Transportul de linie este transportul regulat de pasageri pe o anumită rută de transport conform unor orare, tarife și condiții de transport stabilite și publicate în prealabil, în cadrul cărora pasagerii pot urca și coborâ la anumite puncte de oprire dinainte stabilite. Aceasta este valabil și pentru transporturile care se îndeplinesc, în principiu, ca și transporturi de linie.

(2) Transporturi de linie, în sensul prezentului Acord, se consideră, de asemenea, independent de cine stabilește desfășurarea curselor, și transporturile regulate ale anumitor categorii de persoane, alți pasageri fiind excluși, în măsura în care caracteristicile transportului de linie, menționate în alineatul 1, sunt îndeplinite. Aceste transporturi, mai ales transporturile de muncitori spre locul de muncă și de acolo înapoi spre domiciliu, poartă denumirea de "forme speciale ale transportului de linie".

(3) Transporturile de linie în traficul bilateral sau de tranzit necesită autorizația autorităților competente ale ambelor Părți Contractante. Autorizația se eliberează, de comun acord, în conformitate cu legislația în vigoare a Părții Contractante respective. Autorizația poate fi eliberată pe un termen de până la cinci ani.

(4) Modificările itinerarului, ale punctelor de oprire, orarelor, tarifelor și condițiilor de transport necesită aprobarea prealabilă a autorităților competente ale celor două Părți Contractante. Aceeași prevedere este valabilă și pentru suspendarea funcționării liniei.

(5) Cererile pentru organizarea unui transport de linie, precum și cererile conform alineatului 4, urmează a fi depuse la autoritățile competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia se află sediul întreprinderii respective. Cererile, împreună cu avizul Ministerului Transporturilor al respectivei Părți Contractante, vor fi transmise direct Ministerului Transporturilor al celeilalte Părți Contractante.

(6) Cererile conform alineatelor 4 și 5 trebuie să conțină, în special, următoarele date:

1. Numele și prenumele sau firma și adresa completă a întreprinderii;
2. Felul transportului;
3. Durata solicitată de valabilitate a autorizației;

4. Perioada de funcționare și numărul de curse (de ex. zilnic, săptămânal);
5. Orarul;
6. Traseul exact (punctele de oprire pentru preluarea și debarcarea pasagerilor/alte puncte de oprire/punctele de trecere a frontierei);
7. Lungimea liniei în kilometri; cursa dus/întors;
8. Lungimea traseului zilnic;
9. Duratele de condus și de odihnă ale șoferilor;
10. Numărul de locuri în autobuzele care urmează a fi utilizate;
11. Tarifele și condițiile de transport.

Articolul 4

(1) Transportul navetă este prestația de transport în cadrul căreia grupuri de pasageri, formate în prealabil, sunt transportate în mod repetat dus/întors din aceeași zonă de plecare spre aceeași zonă de destinație. Aceste grupuri formate din pasageri, care au efectuat cursa dus, vor fi transportate înapoi la punctul de plecare cu o cursă ulterioară. Zonă de plecare și zonă de destinație se consideră locul de începere a călătoriei și locul de destinație a acestora, precum și localitățile situate pe o rază de 50 km. În afara prestației de transport trebuie să fie inclusă și cazarea, cu sau fără masă, la punctul de destinație și, dacă este cazul, în timpul călătoriei. Prima cursă întors și ultima cursă dus din cadrul transporturilor navetă trebuie să fie curse fără pasageri.

(2) Includerea unei prestații de transport în categoria de transport navetă nu este afectată dacă, cu acordul autorităților competente ale Părții Contractante respective sau al ambelor Părți Contractante, spre deosebire de prevederile alineatului 1, pasagerii efectuează cursa întors cu un alt grup.

(3) Transporturile navetă necesită, în fiecare caz în parte, autorizația autorităților competente ale celeilalte Părți Contractante. Cererea privind eliberarea autorizației urmează a fi depusă direct la autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante cu cel puțin 60 de zile înainte de începerea transportului.

(4) Cererile de autorizație pentru transportul navetă, în conformitate cu alineatul 3, trebuie să conțină, în afara datelor menționate în articolul 3 alineatul 6, și datele calendaristice ale călătoriei, numărul de curse, precum și date privitoare la localitatea și hotelurile sau alte locuri de cazare a pasagerilor în timpul aflării lor, precum și durata aflării.

(5) Principiile, ce stau la baza procedurii de acordare a autorizațiilor pentru transportul navetă, formularele de autorizație, precum și autoritățile competente vor fi stabilite, dacă este cazul, de către Comisia mixtă constituită conform articolului 17.

(6) În cadrul transporturilor navetă, în sensul alineatului 1, întreprinzătorii vor avea asupra lor o listă a pasagerilor care, la sosirea pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, urmează să fie ștampilată de către organele de frontieră ale respectivei Părți Contractante.

Articolul 5

(1) Transportul ocazional este transportul, care nu poate fi considerat transport de linie, în sensul articolului 3 alineatul 1, și nici transport navetă, în sensul articolului 4.

(2) Transporturile ocazionale efectuate ca trafic bilateral sau de tranzit nu necesită autorizație, în cazul în care:

a) transporturile se realizează cu un autovehicul care transportă pe întreaga rută același grup de pasageri, pe care îl readuce la punctul de plecare (călătorie în circuit cu ușile închise);

sau

b) transporturi în cadrul cărora sunt preluați pasageri la cursa de dus, iar cursa întors se face fără pasageri (cursă întors fără pasageri);

sau

c) transporturi fără pasageri, pentru a prelua și a readuce la punctul de plecare un grup de pasageri care a fost transportat anterior de același întreprinzător în cadrul unui transport conform literei (b).

(3) În cadrul transporturilor ocazionale este interzisă atât imbarcarea cât și debarcarea pasagerilor pe traseu, decât dacă autoritățile competente ale Părții Contractante respective permit aceasta.

(4) Transporturile ocazionale, care nu corespund prevederilor alineatului 2, necesită, în fiecare caz, autorizația autorității competente ale celeilalte Părți Contractante. Cererea de eliberare a autorizației urmează a fi depusă direct la autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante cu cel puțin patru săptămâni înainte de începerea transportului.

(5) Cererile, în conformitate cu alineatul 4, trebuie să conțină, în special, următoarele date:

1. Numele și prenumele sau firma și adresa completă a întreprinderii și, eventual, a organizatorului călătoriei (touring-operator), din dispoziția căruia a fost organizat transportul;
2. Scopul călătoriei (descriere);
3. Statul în care se constituie grupul de pasageri;
4. Punctul de plecare și punctul de destinație a călătoriei și țara de origine a grupului de pasageri;
5. Traseul cu punctele de trecere a frontierei;
6. Datele calendaristice ale cursei dus/întors cu specificarea, dacă cursa dus/întors se efectuează cu sau fără pasageri;
7. Duratele de condus și de odihnă ale șoferilor;
8. Numerele de înmatriculare și numărul de locuri ale autobuzelor care urmează a fi utilizate.

(6) Documentele supuse controlului pentru transporturile ocazionale care nu necesită autorizație vor fi convenite de Comisia mixtă constituită potrivit articolului 17.

Articolul 6

Autorizațiile acordate în conformitate cu articolul 3 alineatul 3, articolul 4 alineatul 3, articolul 5 alineatele 3 și 4 pot fi folosite numai de întreprinderea căreia acestea i-au fost eliberate. Este interzisă atât transmiterea autorizațiilor către o altă întreprindere, cât și folosirea lor, în cazul transportului ocazional, pentru alte autovehicule, decât cele indicate în autorizație. Autorizația nu dă dreptul de a transporta pasageri între două puncte situate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante (interdicție de cabotaj). În cadrul unui transport de linie întreprinzătorul, căruia i s-a eliberat o autorizație, poate recurge la prestații ale unor întreprinzători contractuali de pe teritoriul uneia dintre cele două Părți Contractante. Numele acestora nu trebuie să figureze în autorizație, ei sunt însă obligați să aibă asupra lor o copie a acesteia legalizată de autoritățile competente.

TRANSPORTUL DE MĂRFURI

Articolul 7

Sub rezerva articolului 9, întreprinzătorii de transport auto de mărfuri și de transporturi între sediile aceleași întreprinderi necesită pentru fiecare transport în parte efectuat între teritoriul unde este înmatriculat autovehiculul utilizat și teritoriul celeilalte Părți Contractante (trafic bilateral), precum și pentru traficul de tranzit pe teritoriul unei Părți Contractante autorizația autorităților competente ale acestei Părți Contractante.

Articolul 8

(1) Autorizația se eliberează întreprinzătorului. Ea este valabilă numai pentru acesta și nu este transmisibilă.

(2) Este necesară o autorizație pentru fiecare autocamion și pentru fiecare vehicul tractor. Ea este, de asemenea, valabilă pentru remorca sau semiremorca însoțitoare, indiferent de locul unde acestea au fost înmatriculate.

(3) În cadrul traficului bilateral și de tranzit o autorizație este valabilă pentru un număr nelimitat de curse în perioada de timp stabilită în autorizație (autorizație valabilă pentru o anumită perioadă de timp) sau pentru una sau mai multe curse dus/întors în decursul perioadei de timp stabilite în autorizație (autorizație valabilă pentru un anumit număr de curse).

(4) Transporturile între teritoriul celeilalte Părți Contractante și un al treilea stat nu sunt, din principiu, admise decât dacă teritoriul, în care este înmatriculat autovehiculul, este tranzitat în cadrul itinerarului normal, sau dacă pentru aceste transporturi s-a eliberat o autorizație specială în conformitate cu Articolul 17.

(5) Întreprinzătorii ai unei Părți Contractante nu au voie să transporte mărfuri între două localități situate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante (transporturi interne).

(6) Pentru transporturile auto de mărfuri, efectuate în conformitate cu prezentul Acord, sunt necesare scrisori de trăsură, care să corespundă modelului utilizat pe plan internațional (CMR).

Articolul 9

(1) Nu necesită autorizație cursele fără încărcătură și transportul de:

1. obiecte sau materiale destinate exclusiv scopurilor de reclamă și informare (de ex. mărfuri pentru târguri și expoziții);
2. aparatură și echipament pentru sau de la locurile de reprezentații teatrale, muzicale, cinematografice, sportive și de circ, precum și pentru sau de la locurile de înregistrări radio, cinematografice sau de televiziune;
3. camioanele avariate (returnarea lor);
4. cadavre;
5. mărfuri cu autovehicule ale căror greutate totală admisibilă, inclusiv greutatea totală a remorcilor, nu depășește 6 tone sau a căror sarcină utilă admisibilă, inclusiv cea a remorcilor, nu depășește 3,5 tone;
6. medicamente, aparate și echipamente medicale, precum și alte mărfuri destinate acordării de prim ajutor în cazuri de stringentă necesitate (în deosebi catastrofe naturale) precum și a acordării de ajutor umanitar, destinație ce trebuie atestată pe bază de documente speciale;
7. animale vii;
8. bunuri de strămutare (obiecte de uz casnic).

(2) Comisia mixtă, constituită în conformitate cu articolul 17, este în măsură să scutească și alte categorii de transport de obligația de a fi autorizate.

Articolul 10

(1) Părțile Contractante își iau angajamentul de a nu aplica față de autovehiculele înmatriculate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante reglementări mai puțin favorabile în ceea ce privește greutatea și dimensiunile maxime admise, decât cele aplicate față de autovehiculele înmatriculate pe propriul teritoriu.

(2) În cazul, în care greutatea sau dimensiunile autovehiculului sau ale încărcăturii depășesc limitele admise pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, și, eventual, la transportul de mărfuri periculoase este necesară o autorizație specială din partea autorităților competente ale acestei Părți Contractante. Totodată se pot prevedea restricții de circulație sau rute obligatorii.

Articolul 11

(1) Autorizațiile necesare întreprinzătorilor din Republica Moldova vor fi acordate de Ministerul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania și emise de Ministerul Transporturilor și Gospodăriei Drumurilor al Republicii Moldova sau de autoritățile însărcinate de acest minister.

(2) Autorizațiile necesare întreprinzătorilor din Republica Federală Germania vor fi acordate de Ministerul Transporturilor și Gospodăriei Drumurilor al Republicii Moldova și emise de Ministerul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania sau de autoritățile însărcinate de acest minister.

Articolul 12

(1) Comisia mixtă, constituită în conformitate cu Articolul 17, stabilește, ținând cont de comerțul exterior și de traficul de tranzit, contingentul de autorizații, ce stă anual la dispoziția fiecărei Părți Contractante.

(2) Contingentul de autorizații convenit poate fi, dacă este cazul, schimbat în conformitate cu Articolul 17.

(3) Conținutul și forma autorizațiilor vor fi stabilite de către Comisia mixtă.

PREVEDERI GENERALE

Articolul 13

Pe parcursul tuturor curselor, reglementate prin prezentul Acord, autorizațiile, documentele supuse controlului sau alte documente de transport, necesare conform prevederilor prezentului Acord, trebuie să se aște la bordul autovehiculului. Ele trebuie prezentate, la cerere, spre examinare, reprezentanților autorităților de control competente. Documentele supuse controlului trebuie completate integral înainte de începerea cursei.

Articolul 14

(1) Întreprinzătorii fiecărei Părți Contractante sunt obligați să respecte prevederile, în vigoare pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, ale legislației privind transporturile și autovehiculele, precum și reglementările vamale în vigoare.

(2) În cazul unor grave sau repetate încălcări ale legislației în vigoare pe teritoriul celeilalte Părți Contractante sau ale prevederilor prezentului Acord de către un întreprinzător și de personalul acestuia, care asigură transportul, autoritățile competente ale Părții Contractante, pe teritoriul căreia este înmatriculat autovehiculul, la sesizarea autorităților competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia a avut loc încălcarea, vor adopta una dintre următoarele măsuri:

- a) avertizarea întreprinzătorului răspunzător privind obligativitatea respectării regulilor în vigoare (avertisment);
- b) suspendarea temporară a dreptului de circulație;
- c) suspendarea eliberării de autorizații către întreprinzătorul răspunzător sau retragerea unei autorizații deja acordate pentru perioada în care autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante i-au suspendat temporar dreptul de circulație.

(3) Măsura prevăzută în alineatul 2 litera b) poate fi adoptată și direct de autoritățile competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia a avut loc încălcarea.

(4) În conformitate cu articolul 15 Ministerele Transporturilor ale ambelor Părți Contractante se informează reciproc privind măsurile adoptate.

Articolul 15

Respectând prevederile legale în vigoare ale fiecărei Părți Contractante, protecția datelor transmise referitoare la persoane fizice are la bază următoarele prevederi:

1. Utilizarea datelor de către destinatar este admisă numai în scopul indicat și în condițiile stabilite de autoritatea care le transmite.
2. Destinatarul informează, la cerere, autoritatea care transmite datele despre utilizarea datelor transmise și rezultatele obținute pe baza lor.

3. Date referitoare la persoane pot fi transmise numai organelor de poliție sau de controlul frontierei. Transmiterea lor mai departe către alte autorități nu este admisă decât cu acordul prealabil al autorității care le transmite.

4. Autoritatea care transmite datele poartă răspunderea pentru corectitudinea datelor transmise, precum și pentru necesitatea și oportunitatea transmiterii în conformitate cu scopul urmărit prin transmiterea acestora. În acest context, trebuie respectate interdicțiile în vigoare, conform legislației naționale respective, privind transmiterea de date. În cazul în care se constată că au fost transmise date incorecte sau date a căror transmitere este interzisă, faptul trebuie adus neîntârziat la cunoștința destinatarului. Acesta este obligat să corecteze sau să distrugă datele incorecte, sau să distrugă datele a căror transmitere este interzisă.

5. La cererea persoanei în cauză, aceasta trebuie informată asupra datelor deținute privitoare la persoana sa, precum și a scopului folosirii acestora. Nu există obligația de a da informații dacă, prin comparație, interesul public de a nu elibera informații precumpănește asupra interesului persoanei în cauză de a obține informații. De altfel, dreptul persoanei în cauză de a obține informații asupra datelor existente referitoare la persoana sa este reglementat de legislația națională a Părții Contractante pe teritoriul căreia se solicită informația.

6. La transmiterea datelor, autoritatea care efectuează transmiterea atrage atenția asupra termenilor de radieră a acestora, valabile în conformitate cu legislația din țara sa. Independent de aceste termene datele referitoare la persoane se vor radia, de îndată ce nu mai sunt necesare scopului pentru care au fost transmise.

7. Autoritatea care transmite datele și cea care le primește sunt obligate să înregistreze în formă documentară transmiterea și recepționarea datelor referitoare la persoane.

8. Ambele autorități au obligația de a asigura protecția eficace a datelor referitoare la persoane contra accesului neautorizat, al modificării neautorizate și al difuzării neautorizate.

Articolul 16

1. Părțile Contractante convin de comun acord să promoveze în cadrul transporturilor, realizate în sensul articolului 1, utilizarea de autovehicule cu zgomot și emisii de substanțe poluante reduse, precum și de autovehicule cu dotare tehnică modernă care să garanteze siguranța circulației.

2. Detaliile vor fi stabilite de către Comisia mixtă constituită în conformitate cu articolul 17.

Articolul 17

Reprezentanții Ministerelor Transporturilor ale celor două Părți Contractante constituie o Comisie mixtă. Aceasta se întrunește, la cererea uneia din Părțile Contractante, pentru a asigura aplicarea prevederilor prezentului Acord. Dacă va fi cazul, Comisia mixtă va elabora, cu participarea altor organe competente, propuneri privind adaptarea prezentului Acord la evoluția transporturilor și la modificări ale prevederilor legale.

Articolul 18

Ministerele Transporturilor ale Părților Contractante se informează reciproc în privința autorităților competente în conformitate cu articolele 3, 4, 5, 10, 11 și 14.

Articolul 19

Prezentul Acord nu afectează obligațiile Părților Contractante care rezultă din alte acorduri de drept internațional, inclusiv obligațiile ce revin Republicii Federale Germania ca membru al Uniunii Europene.

Articolul 20

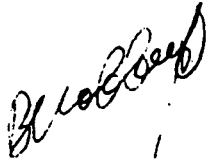
(1) Prezentul Acord intră în vigoare la o lună după data înștiințării reciproce a Părților Contractante, prin note, despre îndeplinirea condițiilor interne pentru intrarea în vigoare a Acordului.

(2) Părțile Contractante au convenit să aplice prezentul Acord, temporar, începând cu data semnării.

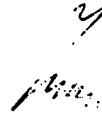
(3) Acordul rămâne atâta timp în vigoare, până când una din Părțile contractante notifică în scris celeilalte Părți Contractante denunțarea sa. În cazul denunțării, Acordul își va înceta valabilitatea după șase luni de la primirea denunțării de către cealaltă Parte Contractantă.

Încheiat la Bonn la data de 11 octombrie în două exemplare originale, fiecare în limbile moldovenească și germană, ambele texte având aceeași valabilitate.

Pentru Guvernul
Republicii Moldova:



Pentru Guvernul
Republicii Federale Germania:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF MOLDOVA ON THE INTERNATIONAL CAR-
RIAGE OF PERSONS AND GOODS BY ROAD

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Moldova,

Desiring to regulate and develop the international carriage of goods by road,
Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement shall, in accordance with the domestic law of the Contracting Parties, regulate the international carriage of persons and goods by road between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova and in transit through those States by carriers authorized to undertake such transport in the territories of their States.

CARRIAGE OF PERSONS

Article 2

(1) For the purposes of this Agreement, the term “carriage of persons” means the carriage of persons and their baggage by motor coach on the carrier’s own account or on the account of a third party or by private motor car on the account of a third party (e.g. a taxi or a hired vehicle). This applies also to journeys made by empty vehicles in connection with such transport services.

(2) Any motor vehicle which by its construction and equipment is suitable and intended for the carriage of more than nine persons (including the driver) shall be considered to be a motor coach. Any motor vehicle which by its construction and equipment is suitable and intended for the carriage of not more than nine persons (including the driver) shall be considered to be a private motor car.

Article 3

(1) The term “regular line service” means the regular carriage of persons along a specified route in accordance with previously established and published timetables, fares, and conditions of transport, in the course of which passengers may board and alight at previously designated stops. This shall also apply to transport services which are operated essentially as regular line services.

(2) For the purposes of this Agreement, regular line service shall also, irrespective of who determines the course of the transport, be deemed to include the regular carriage of a specific category of persons to the exclusion of other passengers, provided that the transport possesses the characteristics of regular line service

¹ Came into force provisionally on 11 October 1995 by signature, and definitively on 17 March 1996, i.e., one month after the date on which the Contracting Parties had notified each other (on 16 February 1996) of the completion of the national requirements, in accordance with article 20 (1) and (2).

set out in paragraph 1. Such transport, in particular the carriage of workers to and from their workplaces and their homes, shall be termed “special forms of regular line service”.

(3) Regular line services operated in bilateral or transit traffic shall require licensing by the competent authorities of both Contracting Parties. The licences shall be issued by agreement in accordance with the applicable law of the Contracting Party concerned. Licences may be issued for a period of up to five years.

(4) Any modification of routes, stops, timetables, fares and conditions of transport shall require the prior consent of the competent authorities of both Contracting Parties. The same shall apply to the suspension of operations.

(5) Applications for the establishment of a regular line service and applications pursuant to paragraph 4 shall be submitted to the competent authority of the Contracting Party in whose territory the carrier's principal place of business is situated. The applications, together with a statement of the views of the Ministry of Transport of that Contracting Party, shall be transmitted direct to the Ministry of Transport of the other Contracting Party.

(6) Applications pursuant to paragraphs 4 and 5 must contain, in particular, the following information:

1. Family name and given name or firm name and complete address of the carrier;
2. Type of transport;
3. Requested period of validity of the license;
4. Period of operation and number of journeys (e.g. daily, weekly);
5. Timetable;
6. Exact route (stops at which passengers are picked up or set down/other stops/frontier crossing points);
7. Length of the line in kilometres: outward/return;
8. Distance covered daily;
9. Driving time and rest periods for drivers;
10. Seating capacity of the motor coaches to be used;
11. Fares and conditions of transport (rates).

Article 4

(1) A shuttle service is a transport service in which previously constituted groups of passengers make repeated outward and return journeys from the same departure area to the same destination area. Such groups composed of passengers who have made the outward journey are to be carried back to the point of departure on a subsequent journey. The terms “departure area” and “destination area” shall be understood to mean the starting point of the journey and its destination point, together with points within a 50-km radius. In addition to transport services, accommodations for the group, with or without meals, at the destination point and, where appropriate, during the journey, must be included. The first return journey and the last outward journey made in the series of shuttle journeys must be journeys made by empty vehicles.

(2) The classification of a transport service as a shuttle service shall not be affected if, contrary to the provisions of paragraph 1, passengers, with the consent of the competent authorities of the Contracting Party concerned or of both Contracting Parties, make the return journey with another group.

(3) Shuttle services shall in each individual case require licensing by the competent authorities of the other Contracting Party. Applications for the issuance of a licence shall be addressed direct to the competent authorities of that other Contracting Party. It should be submitted at least 60 days prior to the start of the transport services.

(4) In addition to the information referred to in article 3, paragraph 6, applications for the shuttle-service licences referred to in paragraph 3 must include the dates of the journeys, the number of journeys and information concerning the places and hotels or other lodging where passengers are to be accommodated during their stay and concerning the duration of the stay.

(5) The principles governing shuttle-service licensing procedures, the printed licence forms and the competent authorities shall, where necessary, be established by the Joint Commission constituted pursuant to article 17.

(6) In the case of shuttle service within the meaning of paragraph 1, carriers must have with them a passenger list, which, upon entry into the territory of the other Contracting Party, is to be stamped by its frontier authorities.

Article 5

(1) Occasional transport is transport which is not regular line transport within the meaning of article 3, paragraph 1, nor shuttle service within the meaning of article 4.

(2) Occasional transport services operated in bilateral or transit traffic shall not require licensing in the case of:

(a) Services by a motor vehicle carrying the same group of passengers the entire length of the journey and returning them to the point of departure (closed-door circular tour); or

Transport services in which passengers are picked up for the outward journey and in which the return journey is made by an empty vehicle (return journey unladen); or

Outward journeys unladen which are made for the purpose of picking up again and carrying back to the point of departure a group of passengers previously carried by the same carrier in a service referred to in subparagraph (b).

(3) In the case of occasional transport, passengers may neither be picked up nor be set down en route unless the competent authority of the Contracting Authority so permits.

(4) Occasional transport not conforming to the provisions of paragraph 2 shall in each case require licensing by the competent authority of the other Contracting Party. The application for the issuance of a license must be addressed direct to the competent authority of the other Contracting Party. It should be submitted at least 60 days prior to the start of transport services.

(5) Applications pursuant to paragraph 4 must contain, in particular, the following information:

1. Family name and given name or firm name and complete address of the carrier and, where appropriate, of the tour operator who or which made the arrangements for the transport services;
2. Purpose of the journey (description);
3. State in which the group of passengers is to be constituted;
4. Departure point and destination point of the journey and country of origin of the group of passengers;
5. Route, with frontier crossing points;
6. Dates of the outward and return journeys, specifying whether the outward and the return journey will be made laden or unladen;
7. Driving times and rest periods for drivers;
8. Registration numbers and seating capacity of the motor coaches to be used.

(6) The documents to be inspected for occasional transport services not requiring a licence shall be agreed upon by the Joint Commission constituted pursuant to article 17.

Article 6

Licences granted pursuant to article 3, paragraph 3, article 4, paragraph 3, or article 5, paragraphs 3 and 4, may be used solely by the carrier to which they were issued. They may neither be transferred to another carrier nor, in the case of occasional transport, be used for motor vehicles other than those specified in the licence. Licences shall not authorize passenger transport between two points situated in the territory of the other Contracting Party (prohibition of cabotage). In the case of a regular line service, the carrier to which the licence has been issued may use the services of contractual carriers from the territory of the other Contracting Party. Their names need not appear on the licence, but they must have with them an official copy of the said licence.

CARRIAGE OF GOODS

Article 7

Subject to article 9, carriers of goods by motor vehicle and those engaged in transport services between sites of the same enterprise shall, for transport between the territory in which the vehicle being used is registered and the territory of the other Contracting Party (bilateral transport), or for transit transport through the territory of either Contracting Party, shall require a licence from the competent authority of the latter Contracting Party for each transport operation.

Article 8

(1) The licence shall be issued to the carrier. It shall be valid only for the carrier itself and shall not be transferable.

(2) A licence shall be required for each truck and for each towing vehicle. It shall also be valid for the accompanying trailer or semi-trailer irrespective of the place at which it is registered.

(3) A licence shall be valid in shuttle and transit services for an arbitrary number of journeys during the period of time specified therein (time licence) or for

one or more outward and return journeys during the period of time specified in the licence (journey licence).

(4) Transport between the territory of the other Contracting Party and a third State shall, in principle, be permitted only if the territory in which the vehicle is registered is traversed as part of the normal journey or when special licences have been issued therefor in accordance with article 17.

(5) Carriers of one Contracting Party may not carry goods between two points situated in the territory of the other Contracting Party (domestic transport).

(6) The carriage of goods performed in accordance with this Agreement shall require freight documents whose form must conform to the internationally used model (CMR).

Article 9

(1) No licence shall be required for journeys made by empty vehicles and for the transport of:

1. Articles or material intended solely for advertising or information (e.g. goods for fairs and expositions);
2. Apparatus and equipment carried to or from theatrical, musical, cinematic, sports and circus performances and to or from radio, cinematic or television recordings;
3. Damaged trucks (returning them);
4. Human remains;
5. Goods, together with motor vehicles, whose permissible total weight, including the total weight of the trailers, does not exceed 6 tonnes or whose permissible useful load, including the useful load of the trailers, does not exceed 3.5 tonnes;
6. Medicines, medical equipment and apparatus, as well as other goods intended for providing aid in emergencies (in particular in the event of natural disasters) and goods intended for providing humanitarian aid, on the basis of special documentation;
7. Live animals;
8. Goods carried on the occasion of removals (household effects).

(2) The Joint Commission constituted pursuant to article 17 may exempt other types of transport from the licence requirement.

Article 10

(1) Each Contracting Party undertakes that it will not apply to vehicles registered in the territory of the other Contracting Party any regulations with respect to maximum permissible weights and dimensions which are less favourable than those applied to vehicles registered in the territory of the first-mentioned Contracting Party.

(2) If the weight or dimensions of the vehicle or of the load exceed the limits permissible in the territory of the other Contracting Party and, where applicable, in the transport of hazardous materials, an exceptional license from the competent authority of that Contracting Party shall be required. Transport restrictions or specific transport routes may be prescribed in that connection.

Article 11

(1) The licences required for carriers of the Republic of Moldova shall be issued by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and assigned by the Ministry of Transport of the Republic of Moldova or by the authorities designated by it for the purpose.

(2) The licences required for carriers of the Federal Republic of Germany shall be issued by the Ministry of Transport of the Republic of Moldova and assigned by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany or by the authorities designated by it for the purpose.

Article 12

(1) The Joint Commission constituted pursuant to article 17 shall, with due regard for foreign trade and for transit traffic, determine the required number of licences available each year for each Contracting Party.

(2) The agreed number of licences may, where necessary, be changed in accordance with article 17.

(3) The content and form of the licences shall be established by the Joint Commission.

GENERAL PROVISIONS

Article 13

The licences, inspection documents or other transport documents required in accordance with this Agreement must be carried in the vehicle on all journeys regulated in this Agreement and must, upon demand, be exhibited and handed over to the representatives of the competent inspection authorities for verification. The inspection documents must be completely filled out before the beginning of the journey.

Article 14

(1) The carriers of each Contracting Party shall be required to comply with the provisions of the transport and motor-vehicle legislation in force in the territory of the other Contracting Party and with the customs provisions in force at the time.

(2) In the event of severe or repeated offences against the law in force in the territory of the other Contracting Party or against the provisions of this Agreement by a carrier and its transport staff, the competent authorities of the Contracting Party in whose territory the motor vehicle is registered shall, if requested to do so by the competent authority of the Contracting Party in whose territory the offence was committed, take one of the following measures:

(a) Admonition of the carrier responsible to comply with the provisions in force (warning);

(b) Temporary exclusion from transport;

(c) Discontinuation of the issuing of licences to the carrier responsible or revocation of an already issued licence for the period for which the competent authority of the other Contracting Party has excluded the carrier from transport.

(3) The measure in accordance with paragraph 2, subparagraph (b), may also be taken direct by the competent authority of the Contracting Party in whose territory the offence was committed.

(4) The Ministries of Transport of the two Contracting Parties shall inform each other, pursuant to the provisions of article 15, concerning the measures taken.

Article 15

The protection of the personal data transmitted shall, with due regard for the legal provisions in force in respect of each Contracting Party, be governed by the following provisions:

1. The utilization of the data by the recipient shall be permitted only for the stated purpose and in conformity with the conditions prescribed by the transmitting authority.

2. The recipient shall inform the transmitting authority, upon request, concerning the utilization of the transmitted data and concerning the results achieved thereby.

3. Personal data may be transmitted solely to police authorities or frontier protection authorities. Further transmittal to other offices may take place only with the prior consent of the transmitting authority.

4. The transmitting authority shall bear responsibility for the accuracy of the data to be transmitted and for the necessity of their transmittal and for its proportionality to the purpose pursued by the transmittal. In that context, the transmittal prohibitions in force according to domestic law must be complied with. If it is found that incorrect data, or data whose transmittal was not permitted, have been transmitted, that fact must be communicated to the recipient without delay. The recipient shall be required to correct or destroy the incorrect data or to destroy those data which are covered by a transmittal prohibition.

5. The person concerned must, upon request, be informed concerning the information relating to his person that is available and concerning the purpose for which the information is to be used. The requirement to inform him shall not exist if an evaluation shows that the public interest in not informing him outweighs his interest in being informed. In other respects, the right of the person concerned to be informed concerning the data in respect of his person that are available shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose territory he makes the request to be informed.

6. In making the transmittal, the transmitting authority shall make reference to the time-limits within which the data transmitted must be deleted in accordance with its own law. Irrespective of such time-limits, the transmitted personal data must be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they have been transmitted.

7. The transmitting and recipient authorities shall be required to make documentary records of the transmittal and receipt of personal data.

8. Both authorities shall be required to provide effective protection for the transmitted personal data against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.

Article 16

(1) The Contracting Parties agree that for transport within the meaning of article 1 they will promote the use of vehicles which produce a reduced amount of noise and emit a reduced amount of pollutants and of vehicles with modern equipment for vehicular safety.

(2) The details shall be established by the Joint Commission constituted pursuant to article 17.

Article 17

Representatives of the Ministries of Transport of the two Contracting Parties shall constitute a Joint Commission. It shall be convened at the request of either Contracting Party for the purpose of ensuring the implementation of this Agreement. Where necessary, the Joint Commission shall, with the participation of other competent offices, formulate proposals for the adaptation of this Agreement to transport developments and to amendments to legislation.

Article 18

The Ministries of Transport of the Contracting Parties shall inform each other concerning the competent authorities in accordance with articles 3, 4, 5, 10, 11 and 14.

Article 19

This Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties which arise from other international agreements, including the obligations of the Federal Republic of Germany which arise out of its membership in the European Union.

Article 20

(1) This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Contracting Parties have notified each other that the required domestic requirements for the entry into force of the Agreement have been met.

(2) The Contracting Parties agree to implement the Agreement provisionally from the date of its signature.

(3) The Agreement shall remain in force until such time as it is denounced in writing by either Contracting Party. In the event of denunciation, the Agreement shall cease to have effect six months after the receipt of the denunciation by the other Contracting Party.

DONE at Bonn on 11 October 1995 in duplicate in the German and Moldovan languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

KLAUS KINKEL

For the Government
of the Republic of Moldova:

MIHAI POPOV

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA RELATIF AU TRANSPORT ROU-
TIER INTERNATIONAL DE VOYAGEURS ET DE MARCHAN-
DISES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Moldova,

Souhaitant réglementer et favoriser le transport routier international de voyageurs et de marchandises,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord réglemente, sur la base du droit intérieur des Parties contractantes, le transport routier international de voyageurs et de marchandises entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova et le transport en transit entre ces Etats effectués par des entreprises habilitées à exécuter ces transports sur le territoire de leur Etat.

TRANSPORT DE VOYAGEURS

Article 2

1) Le transport de voyageurs au sens du présent Accord est le transport de voyageurs et de leurs bagages effectué par autobus ou autocar pour compte propre ou pour le compte de tiers et par voiture particulière pour le compte de tiers (par exemple les taxis et les voitures de location). Il en est de même pour les trajets à vide effectués dans le cadre de ces services de transport.

2) Les termes « autobus ou autocar » désignent tout véhicule automobile qui, d'après son type de construction et son équipement, est apte et destiné à transporter plus de neuf personnes (y compris le chauffeur). Les termes « voiture particulière » désignent tout véhicule automobile qui, d'après son type de construction et son équipement, est apte et destiné à transporter au maximum neuf personnes (y compris le chauffeur).

Article 3

1) Le service régulier est le transport régulier de voyageurs sur une liaison régulière conformément à des horaires, tarifs et conditions de transport fixés à l'avance et publiés, selon lesquels des voyageurs peuvent monter et descendre à des arrêts fixés à l'avance. Il en est de même pour les services exploités essentiellement comme des services réguliers.

¹ Entré en vigueur à titre provisoire le 11 octobre 1995 par la signature, et à titre définitif le 17 mars 1996, soit un mois après la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient notifié (le 16 février 1996) l'accomplissement des formalités internes requises, conformément au paragraphes 1 et 2 de l'article 20.

2) Par service régulier au sens du présent Accord, on entend aussi, indépendamment de la question de savoir qui détermine les trajets, le transport régulier de certaines catégories de personnes à l'exclusion d'autres voyageurs, dans la mesure où les caractéristiques du service régulier sont indiquées conformément au paragraphe 1. Ces transports, notamment le transport d'employés vers leur lieu de travail et de ce lieu vers leur domicile, sont désignés sous le nom de « services réguliers spéciaux ».

3) Les services réguliers relatifs au trafic d'échange ou de transit nécessitent l'autorisation des autorités compétentes des deux Parties contractantes. L'autorisation est délivrée d'un commun accord conformément à la législation en vigueur de chacune des Parties contractantes. Elle peut être délivrée pour une période allant jusqu'à cinq ans.

4) Les modifications du trajet, des arrêts, des horaires, des tarifs et des conditions de transport nécessitent l'accord préalable des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Il en est de même pour l'interruption de l'exploitation.

5) Les demandes d'ouverture d'un service régulier ainsi que les demandes selon le paragraphe 4 doivent être adressées à l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise a son siège. Elles doivent être transmises directement, accompagnées de la décision du Ministère des transports de cette Partie contractante, au Ministère des transports de l'autre Partie contractante;

6) Les demandes visées aux paragraphes 4 et 5 doivent contenir en particulier les indications suivantes :

1. Nom et prénom ou dénomination et adresse complète de l'entreprise;
2. Type de service;
3. Durée demandée de l'autorisation;
4. Période d'exploitation et nombre de trajets (par exemple, journaliers, hebdomadaires);
5. Horaire;
6. Tracé exact (arrêts pour la montée et la descente des voyageurs/autres arrêts/points de passage de la frontière);
7. Longueur de la ligne en kilomètres : aller/retour;
8. Longueur de l'itinéraire quotidien;
9. Périodes de conduite et de repos des chauffeurs;
10. Nombre de places assises des autobus ou autocars qui seront mis en service;
11. Tarifs et conditions de transport.

Article 4

1) Le service de navette est le service par lequel sont transportés des groupes préalablement constitués de voyageurs pour plusieurs allers et retours à partir du même territoire de départ vers le même territoire de destination. Ces groupes composés de voyageurs qui ont effectué le voyage aller sont ramenés vers le lieu de départ au cours d'un voyage ultérieur. Par territoire de départ et territoire de destination, il faut entendre le lieu où commence le voyage et le lieu où il se termine ainsi que les lieux qui se trouvent dans un rayon de 50 kilomètres. Doivent être inclus,

outre le transport, l'hébergement du groupe avec ou sans ravitaillement au lieu de destination et, éventuellement, durant le voyage. Le premier voyage de retour et le dernier voyage de départ dans la série des trajets de navette doivent être des voyages à vide.

2) La qualification d'un service de transport comme service de navette n'est pas modifiée par le fait que des voyageurs effectuent le voyage de retour avec un autre groupe en dérogation au paragraphe 1, avec l'accord des autorités compétentes de la ou des Parties contractantes concernées.

3) Les services de navette nécessitent chacun l'autorisation de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être adressée directement à l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. Elle doit être déposée au moins 60 jours avant le début du service.

4) Les demandes d'autorisation d'un service de navette selon le paragraphe 3 doivent mentionner, outre les indications visées au paragraphe 6 de l'article 3, les dates de voyage, le nombre de voyages et des indications concernant le lieu et les hôtels ou autres établissements dans lesquels les voyageurs seront logés pendant leur séjour, ainsi que la durée du séjour.

5) Les principes relatifs à la procédure d'autorisation pour les services de navette, les formulaires d'autorisation et les autorités compétentes seront, si nécessaire, élaborés par la Commission mixte constituée selon l'article 17.

6) Lors des services de navette visés au paragraphe 1, les entreprises emportent une liste de voyageurs qui sera tamponnée à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante par ses autorités frontalières.

Article 5

1) Le service occasionnel est le service qui n'est pas un service régulier au sens du paragraphe 1 de l'article 3 ni un service de navette au sens de l'article 4.

2) Les services occasionnels dans le domaine du trafic d'échange ou de transit ne nécessitent pas d'autorisation lorsqu'il s'agit

a) De trajets effectués au moyen d'un véhicule automobile qui transporte le même groupe de voyageurs sur la totalité de l'itinéraire et les ramène au lieu de départ (voyages aller et retour portes fermées), ou

b) De services consistant à prendre des voyageurs pour le voyage aller et à faire le voyage de retour à vide (voyages de retour à vide), ou

c) De trajets aller à vide effectués pour reprendre et ramener au lieu de départ un groupe de voyageurs qui a été précédemment transporté par la même entreprise au moyen d'un service visé à l'alinéa b.

3) Lors des services occasionnels, il est interdit de prendre ou de déposer des voyageurs en cours de route, sauf avec l'autorisation de l'autorité compétente de la Partie contractante concernée.

4) Les services occasionnels qui ne correspondent pas aux dispositions du paragraphe 2 nécessitent dans tous les cas l'autorisation de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être adressée directement à l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. Elle doit être déposée au moins quatre semaines avant le début du service.

5) Les demandes visées au paragraphe 4 doivent contenir en particulier les indications suivantes :

1. Nom et prénom ou dénomination et adresse complète de l'entreprise ainsi que, le cas échéant, de l'organisateur du voyage qui a commandé le transport;
2. But du voyage (description);
3. Etat dans lequel le groupe de voyageurs a été constitué;
4. Lieu de départ et lieu de destination du voyage et pays d'origine du groupe de voyageurs;
5. Itinéraire, avec les points de passage de la frontière;
6. Dates des voyages aller et retour, indiquant si le voyage aller ou le voyage retour sera effectué à plein ou à vide;
7. Périodes de conduite et de repos des chauffeurs;
8. Numéros des plaques d'immatriculation et nombre de places assises des autobus ou autocars qui seront mis en service.

6) Les documents de contrôle nécessaires aux services occasionnels qui ne requièrent pas d'autorisation seront convenus au sein de la Commission mixte constituée selon l'article 17.

Article 6

Les autorisations délivrées conformément au paragraphe 3 de l'article 3, au paragraphe 3 de l'article 4 et aux paragraphes 3 et 4 de l'article 5 ne peuvent être utilisées que par l'entreprise à laquelle elles ont été délivrées. Elles ne peuvent ni être transférées à une autre entreprise ni, en cas de service occasionnel, servir pour d'autres véhicules que ceux qui sont indiqués dans l'autorisation. L'autorisation ne donne pas le droit de transporter des personnes entre deux lieux situés sur le territoire de l'autre Partie contractante (interdiction de cabotage). Dans le cadre d'un service régulier, le transporteur auquel l'autorisation a été délivrée peut employer des sous-traitants du territoire de l'une des deux Parties contractantes. Ces sous-traitants n'ont pas besoin d'être nommés dans l'autorisation mais doivent avoir sur eux un exemplaire officiel de l'autorisation.

TRANSPORT DE MARCHANDISES

Article 7

Sous réserve de l'article 9, les entreprises de transport de marchandises et de transport pour compte propre doivent, pour les transports entre le territoire où le véhicule utilisé est immatriculé et le territoire de l'autre Partie contractante (trafic d'échange) ainsi que pour le transit par le territoire de l'une des Parties contractantes, obtenir une autorisation de l'autorité contractante de cette Partie contractante pour chaque transport.

Article 8

1) L'autorisation est délivrée à l'entreprise. Elle ne vaut que pour elle et n'est pas transférable.

2) Il faut une autorisation pour chaque camion et chaque tracteur. Cette autorisation vaut aussi pour la remorque ou la semi-remorque attelée, quel que soit son lieu d'immatriculation.

3) L'autorisation est valable, dans le trafic d'échange et de transit, pour un nombre quelconque de trajets pendant la période qui y est mentionnée (autorisation temporelle) ou pour un ou plusieurs trajets aller et retour pendant la période indiquée dans l'autorisation (autorisation de trajets).

4) Les transports entre le territoire de l'autre Partie contractante et un Etat tiers ne sont essentiellement admis que lorsque, à cette occasion, le territoire dans lequel le véhicule est immatriculé est traversé sur le chemin habituel ou que des autorisations spécifiques ont été délivrées conformément à l'article 17.

5) Les entreprises de l'une des Parties contractantes ne peuvent pas transporter de marchandises entre deux lieux situés sur le territoire de l'autre Partie contractante (trafic intérieur).

6) Les transports de marchandises effectués conformément au présent Accord requièrent des documents de fret dont la forme doit correspondre aux modèles internationaux habituels (CMR).

Article 9

1) Aucune autorisation n'est requise pour les trajets à vide et le transport des éléments suivants :

1. Objets ou matériel destinés exclusivement à la publicité ou à l'enseignement (par exemple les marchandises destinées aux foires et expositions);

2. Appareils et accessoires destinés à des manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques, sportives et de cirque, ainsi qu'à des enregistrements radiophoniques ou à des prises de vue pour le cinéma ou la télévision;

3. Camions endommagés (rapatriement);

4. Dépouilles mortelles;

5. Transport de marchandises au moyen de camions dont le poids total autorisé, y compris celui des remorques, n'excède pas 6 tonnes ou dont la charge utile autorisée, y compris celle des remorques, n'excède pas 3,5 tonnes;

6. Médicaments, appareils et équipements médicaux et autres marchandises destinées aux secours en cas d'urgence (notamment les catastrophes naturelles) ainsi qu'aux secours humanitaires avec justification particulière;

7. Animaux vivants;

8. Objets de déménagement (mobilier et ustensiles de ménage).

2) La Commission mixte constituée conformément à l'article 17 peut dispenser d'autorisation d'autres transports.

Article 10

1) Les Parties contractantes s'engagent à n'appliquer aux véhicules automobiles immatriculés sur le territoire de l'autre Partie contractante aucune règle en matière de poids et dimensions maximum admissibles qui soit moins favorable que pour les véhicules immatriculés sur leur territoire.

2) Lorsque le poids ou les dimensions du véhicule ou du chargement dépassent les limites admises sur le territoire de l'autre Partie contractante et, le cas échéant, lors du transport de produits dangereux, il faut une autorisation spéciale de l'autorité compétente de cette Partie contractante. A cette occasion, des limitations de circulation ou des trajets définis peuvent être imposés.

Article 11

1) Les autorisations nécessaires aux entreprises de la République de Moldova sont délivrées par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et remises par le Ministère des transports de la République de Moldova ou les autorités mandatées par lui.

2) Les autorisations nécessaires aux entreprises de la République fédérale d'Allemagne sont délivrées par le Ministère des transports de la République de Moldova et remises par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne ou les autorités mandatées par lui.

Article 12

1) La Commission mixte constituée conformément à l'article 17 fixe le nombre nécessaire d'autorisations à mettre chaque année à la disposition de chacune des Parties contractantes en tenant compte du commerce extérieur et du trafic de transit.

2) Le nombre convenu d'autorisations peut, en cas de besoin, être modifié conformément à l'article 17.

3) Le contenu et la forme des autorisations sont déterminés par la Commission mixte.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 13

Les autorisations, documents de contrôle ou autres documents de transport requis conformément au présent Accord doivent être emportés dans le véhicule lors de tous les trajets visés par le présent Accord, être présentés sur demande aux représentants des autorités de contrôle compétentes et être remis pour vérification. Les documents de contrôle doivent être remplis avant le début du voyage.

Article 14

1) Les entreprises de chacune des Parties contractantes sont tenues de respecter les dispositions en vigueur de la législation sur la circulation et les véhicules ainsi que la réglementation douanière en vigueur.

2) En cas d'infraction grave ou répétée d'une entreprise et de son équipage à la législation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante ou aux dispositions du présent Accord, les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le véhicule est immatriculé prennent l'une des mesures suivantes sur la demande de l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise :

a) Elles adressent à l'entreprise en cause un avertissement lui enjoignant de respecter les dispositions en vigueur dans l'autre pays;

b) Elles lui interdisent provisoirement d'effectuer des opérations de transport;

c) Elles mettent fin à la délivrance d'autorisations à l'entreprise en cause ou annulent l'autorisation déjà accordée pour toute la durée pendant laquelle l'autorité compétente de l'autre Partie contractante interdit à l'entreprise d'effectuer des opérations de transport.

3) La mesure visée à l'alinéa *b* du paragraphe 2 peut aussi être prise directement par l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

4) Les Ministères des transports des deux Parties contractantes s'informeront mutuellement des mesures prises conformément à l'article 15.

Article 15

La protection des renseignements personnels transmis est assurée conformément aux dispositions ci-après et compte tenu de la législation en vigueur pour chacune des Parties contractantes :

1. L'utilisation des renseignements par leur destinataire n'est admise qu'aux fins indiquées et aux conditions imposées par l'autorité qui les a transmis;

2. Le destinataire informe, sur sa demande, l'autorité qui a transmis les renseignements de l'utilisation des renseignements et des résultats ainsi obtenus;

3. Les renseignements personnels ne peuvent être transmis qu'à des autorités policières ou à des autorités chargées de la protection de la frontière. Leur transmission ultérieure à d'autres organismes ne peut avoir lieu qu'avec l'accord de l'autorité qui les a transmis;

4. L'autorité qui transmet les renseignements est tenue de veiller à leur exactitude ainsi qu'à la nécessité et à l'opportunité de les transmettre au regard de l'objectif visé par la transmission. Il convient de respecter à cet égard les interdictions de transmission en vigueur selon la législation intérieure concernée. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas être transmis l'ont été, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des renseignements inexacts ou à la destruction des renseignements frappés d'une interdiction de transmission;

5. L'intéressé doit être informé sur demande des renseignements existant sur sa personne ainsi que de l'objectif prévu de leur utilisation. L'obligation d'information est levée lorsqu'il résulte d'un examen attentif que l'intérêt public de ne pas communiquer l'information l'emporte sur l'intérêt de l'intéressé à être informé. Pour le reste, le droit de l'intéressé d'être informé des renseignements existant sur sa personne est régi par la législation intérieure de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'information est demandée;

6. L'autorité qui transmet les renseignements indique, lors de la transmission, les délais de radiation prescrits par sa législation. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels transmis doivent être radiés dès qu'ils ne sont plus nécessaires à l'objectif pour lequel ils ont été transmis;

7. L'autorité qui transmet les renseignements et celle qui les reçoit sont tenues d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception des renseignements personnels;

8. Les deux autorités sont tenues de protéger efficacement les renseignements personnels transmis contre un accès non autorisé, une modification non autorisée et une diffusion non autorisée.

Article 16

1) Les Parties contractantes conviennent de favoriser, pour les transports visés à l'article premier, l'utilisation de véhicules peu bruyants et peu toxiques ainsi que de véhicules dotés d'un équipement technique moderne en matière de sécurité routière.

2) Les détails seront fixés par la Commission mixte constituée conformément à l'article 17.

Article 17

Les représentants des Ministères des transports des deux Parties contractantes constituent une Commission mixte. Celle-ci se réunit sur la demande de l'une des Parties contractantes pour assurer l'application du présent Accord. En cas de nécessité, elle élabore, avec la participation d'autres organismes compétents, des propositions visant à adapter le présent Accord à l'évolution du trafic et aux modifications de la législation.

Article 18

Les Ministères des transports des Parties contractantes se notifient mutuellement les autorités compétentes visées aux articles 3, 4, 5, 10, 11 et 14.

Article 19

Le présent Accord n'affecte pas les obligations qui découlent pour les Parties contractantes des autres accords internationaux, et notamment les obligations qui découlent pour la République fédérale d'Allemagne de son appartenance à l'Union européenne.

Article 20

1) Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

2) Les Parties contractantes conviennent d'appliquer provisoirement l'Accord à compter de la date de sa signature.

3) Le présent Accord restera en vigueur jusqu'à ce que l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit. En cas de dénonciation, il cessera d'être en vigueur six mois après que la dénonciation sera parvenue à l'autre Partie contractante.

FAIT à Bonn le 11 octobre 1995 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et moldave, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

KLAUS KINKEL

Pour le Gouvernement
de la République de Moldova :

MIHAI POPOV

